

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Thomas Bremer

Südosteuropa ist nicht nur durch regionale, geographische, nationale und historische, sondern ebenso durch religiöse Vielfalt gekennzeichnet: Nirgendwo sonst in Europa lassen sich seit vielen Jahrhunderten Angehörige der drei monotheistischen Religionen Judentum, Christentum und Islam in größerer Zahl finden. Innerhalb des Christentums sind die drei großen Konfessionen – Orthodoxie, Katholizismus und Protestantismus – vertreten, vor allem die beiden erstgenannten in relevanter Anzahl. Südosteuropa ist daher einerseits ein Ort von Begegnung, Kontakt und Zusammenarbeit zwischen den Glaubensgemeinschaften, andererseits aber auch ein Ort von Konfrontation und Auseinandersetzung.

Häufig haben die Religionsgemeinschaften in Südosteuropa eine bedeutende Rolle für die Entwicklung der jeweiligen nationalen Identität gespielt. Eine der jüngsten Nationen, die bosnischen Muslime, wurde sogar lange Zeit nach ihrer religiösen Prägung benannt. Es liegt auf der Hand, daß diese große Nähe von religiöser und nationaler Zugehörigkeit mannigfache Probleme hervorbringen kann.

Die einzelnen Glaubensgemeinschaften

Die orthodoxen Kirchen

Nach Zahl der Gläubigen und Verbreitung ist das Christentum die größte Religionsgemeinschaft in der Region. Von den Christen Südosteuropas wiederum bekennen sich die meisten zur Orthodoxie. Diese ist in einzelne Kirchen gegliedert, die mit einer Nation in Verbindung stehen und auch entsprechend heißen (etwa Rumänische Orthodoxe Kirche, Serbische Orthodoxe Kirche, Bulgarische Orthodoxe Kirche, Orthodoxe Kirche von Albanien). Diese Kirchen vertreten alle die gleiche Glaubenslehre, haben die gleiche Liturgie (die sich nur in der Sprache unterscheidet) und erkennen sich gegenseitig an. Sie sind jedoch voneinander unabhängig und regeln ihre inneren Belange völlig selbständig. Das höchste Organ jeder einzelnen orthodoxen Kirche ist die Versammlung der Bischöfe, die vom Ersthierarchen – der oft den Titel Patriarch trägt –

geleitet wird. Zwischen den Sitzungen der Bischofsversammlung führt der Synod, eine Gruppe von Bischöfen unter dem Vorsitz des Patriarchen, die laufenden Geschäfte der Kirche. Im Bistum ist der jeweilige Bischof die höchste Instanz.

Das höchste Gremium in Glaubensfragen ist für die (Gesamt-)Orthodoxie das Ökumenische Konzil. Da es jedoch seit dem 8. Jahrhundert kein solches Konzil mehr gegeben hat, gibt es auch keine neueren, für alle Orthodoxen verpflichtenden Glaubenslehren. In der jüngsten Vergangenheit sind die Oberhäupter der einzelnen orthodoxen Kirchen verschiedene Male zu Beratungen zusammengetroffen, und ein Panorthodoxes Konzil ist seit längerer Zeit in Vorbereitung. Insbesondere zwischen dem Patriarchat von Konstantinopel («Ökumenisches Patriarchat»), das einen Ehrenvorrang innerhalb der Orthodoxie innehat, und der Russischen Orthodoxen Kirche als der größten Einzelkirche ist es immer wieder zu Spannungen wegen der Frage nach dem Umfang der Rechte des Ökumenischen Patriarchats bzw. der Einzelkirchen gekommen.

In Südosteuropa sind Rumänen, Serben, Makedonier, Bulgaren, Griechen sowie ein Teil der Albaner orthodox. Selbstverständlich gibt es unter all diesen Nationen auch eine große Zahl von Nichtgläubigen, vor allem nach den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft. Da es keine verlässlichen Statistiken zur Kirchenzugehörigkeit gibt, können die im folgenden angeführten Zahlen nur Annäherungswerte sein.

Die Rumänische Orthodoxe Kirche, die etwa 17 Millionen Gläubige zählt, umfaßt den größten Teil der ethnischen Rumänen. Unter diesen gibt es allerdings auch – vor allem in Siebenbürgen – relativ viele griechisch-katholische Gläubige und einige römisch-katholische Christen. Die Rumänische Orthodoxe Kirche ist aus verschiedenen autonomen Kirchenorganisationen entstanden (Walachei, Moldau, Siebenbürgen) und wurde 1925 von Konstantinopel als Patriarchat anerkannt. Sie hat vor allem ein lebendiges monastisches Leben mit vielen und großen Klöstern vorzuweisen. Viele rumänische Theologen haben bei der Entwicklung der orthodoxen Theologie und in den ökumenischen Gesprächen der letzten dreißig Jahre eine bedeutende Rolle gespielt. Nach dem Zerfall der Sowjetunion hat die Rumänische Kirche auch die Jurisdiktion über die Gläubigen in Moldova («Bessarabien») beansprucht, was dort zu einer Kirchenspaltung und zu einer Belastung der Beziehungen zur Russischen Orthodoxen Kirche geführt hat.

Die Serbische Orthodoxe Kirche war bereits während der Zeit des mittelalterlichen serbischen Reiches selbständig, wirkte unter der Türkenherrschaft jedoch in verschiedenen Jurisdiktionen fort, die nach der Gründung des jugoslawischen Staates 1920 vereint wurden. Ihr gehören etwa 8 Millionen Gläubige an. Nach dem Zerfall Jugoslawiens befinden

sich ihre Bistümer in den Nachfolgestaaten sowie in den Ländern, in denen nach den verschiedenen Migrationswellen Serben leben (Westeuropa, Nordamerika, Australien). Bei den Serben ist die Verbindung zwischen nationaler und kirchlicher Zugehörigkeit traditionell sehr groß. Viele Serben bezeichnen sich als orthodox, ohne jedoch getauft zu sein und ohne am kirchlichen Leben teilzunehmen. Insbesondere in den Kriegen der 90er Jahre kam es daher zu einer wachsenden Bedeutung der Kirche in der Öffentlichkeit.

Ein besonderes Problem stellt die Orthodoxie in Makedonien dar. Seit der Gründung Jugoslawiens gehörte dieses Gebiet zur Jurisdiktion der Serbischen Orthodoxen Kirche. Nach dem Zweiten Weltkrieg gab es jedoch kirchliche Autonomiebestrebungen, die von den Machthabern unterstützt wurden, um die Existenz einer eigenen makedonischen Nation zu unterstreichen. Nur zwischen 1958 und 1967 waren die kirchlichen Beziehungen zwischen Belgrad und Skopje geregelt. Dann beanspruchte die Makedonische Orthodoxe Kirche die völlige Selbständigkeit (Autokephalie) von Belgrad, was weder von der serbischen noch von sonst einer orthodoxen Kirche anerkannt wurde. Die serbische Kirche hatte jedoch weder in der jugoslawischen Teilrepublik noch im selbständigen Staat Makedonien die Möglichkeit, ihre Ansprüche durchzusetzen, so daß die Situation bis heute ungeklärt ist: Belgrad beansprucht die Jurisdiktion über die makedonischen Bistümer; diese jedoch bilden ihre eigene, wenngleich in der Orthodoxie nicht anerkannte Kirchenstruktur mit einem Erzbischof an der Spitze.

Das Patriarchat von Bulgarien beruft sich auf die mittelalterliche kirchliche Tradition der bulgarischen Reiche. Während der Türkenherrschaft gehörte die bulgarische Kirche zu Konstantinopel; erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Selbständigkeit anerkannt. Heute gehören etwa 7 Millionen Christen zur bulgarischen Kirche. Nach den politischen Veränderungen wandte sich eine Gruppe von Bischöfen vom Patriarchen ab, dem sie enge Zusammenarbeit mit den kommunistischen Behörden vorwarfen. Erst im Herbst 1998 konnte dieses Schisma behoben werden.

In Albanien wurde die kirchliche Organisation der Orthodoxie (wie jede Religionsgemeinschaft) unter dem kommunistischen Regime gänzlich aufgelöst. Traditionell hatte sich etwa ein Drittel der Albaner, vor allem im Süden des Landes, zur Orthodoxie bekannt (anders allerdings auf dem Kosovo, wo alle Albaner – bis auf wenige Katholiken – Muslime sind). 1992 konnte wieder ein (griechischer) orthodoxer Metropolit eingesetzt werden. Weiteren griechischen Bischöfen verweigerte die Regierung jedoch Anerkennung und Einreise. Erst im Sommer 1998 konnte sich eine ordnungsgemäße Synode konstituieren, die aus dem Metro-

liten und drei weiteren Bischöfen, einem Albaner aus Griechenland und zwei einheimischen Albanern, besteht. Das kirchliche Leben ist wegen der äußeren Umstände erst in seinen Anfängen.

Die Kirche von Hellas umfaßt einen großen Teil Griechenlands (der Rest gehört zu Konstantinopel, wird aber de facto von Athen aus verwaltet). Ihr gehören fast alle Bewohner Griechenlands an. Als einzige orthodoxe Kirche überhaupt konnte sie sich im 20. Jahrhundert entwickeln, ohne in einer Minderheitensituation zu leben oder von einem kommunistischen Regime bedrängt zu werden.

Auf dem Gebiet der früheren Tschechoslowakei gibt es vor allem im Osten orthodoxe Slowaken und Ukrainer, für die 1922 eine eigene orthodoxe Kirche geschaffen worden ist.

Alle orthodoxen Kirchen in Südosteuropa haben während der jahrhundertelangen Herrschaft des Osmanischen Reiches unter außergewöhnlichen Bedingungen gewirkt, was sich in mehrfacher Hinsicht als prägend erwiesen hat. Zum einen betrifft das die konkrete Geschichte der Kirchenorganisationen, bei denen es sich, wie angeführt, ausnahmslos um Neugründungen handelt, die nach der Befreiung und der Konstituierung von Nationalstaaten, also meist erst im 20. Jahrhundert, entstanden sind. Dabei beziehen sich alle diese Kirchen auf ältere, vorosmanische Traditionen. Da während der Türkenzeit der Patriarch von Konstantinopel die Jurisdiktion über alle Orthodoxen im Reich innehatte, bedeutete die Gründung dieser Kirchen immer auch eine Auseinandersetzung mit Konstantinopel, dessen Einflußbereich dadurch erheblich verkleinert wurde.

Zum anderen hat die Türkenherrschaft auch die Beziehung zwischen Kirche und Nation entscheidend geprägt. Die Kirchen waren oft die einzigen Institutionen, in denen die nationale Kultur bewahrt werden konnte. Die Priester waren aus dem Volk, die Gottesdienste fanden in der Volkssprache statt, und in den Kirchen wurde die Erinnerung an die früheren Zeiten hochgehalten, als die entsprechende Nation noch einen mächtigen Staat bildete. Die ohnehin enge Beziehung zum Staat, die in den östlichen Kirchen aufgrund der byzantinischen Tradition besteht, wurde angesichts einer feindlichen Staatsmacht, die eine andere Religion vertrat und förderte, auf die Nation übertragen.

Die römisch-katholische Kirche

Die römisch-katholische Kirche hat ihre Angehörigen unter den Kroaten, den Ungarn, den Albanern sowie den Slowenen und den Slowaken. Außerdem gibt es zahlreiche Minderheiten in Südosteuropa, die ebenfalls mehrheitlich römisch-katholisch sind (Deutsche, Tschechen, Italiener

und andere). Viele Bischofssitze sind bereits in der Antike belegt. Die ältesten der heute existierenden katholischen Bistümer stammen aus dem späten 10. und frühen 11. Jahrhundert. Viele andere wurden als Folge von Missionsbestrebungen im 18. und 19. Jahrhundert oder aber wegen pastoraler Erfordernisse noch später gegründet.

Südosteuropa gehörte bis ins 8. Jahrhundert zum westlichen (römischen) Patriarchat und wurde dann Konstantinopel unterstellt. In Fragen wie der Mission der Bulgaren kam es im 9. Jahrhundert zu Auseinandersetzungen zwischen Rom und Konstantinopel. Auch in der Folgezeit wurden immer wieder die Wirkungen beider Traditionen sichtbar, etwa in der kirchlichen Kunst, die in Dalmatien lange byzantinisch beeinflusst war, oder in der Tatsache, daß der serbische König Stefan («der Erstgekrönte») sich im 13. Jahrhundert (aus politischen Gründen) durch einen päpstlichen Legaten krönen ließ. Mit der Zeit wurde deutlicher, daß Kultur und Kirche im nordwestlichen Teil der Region lateinisch, im südöstlichen byzantinisch-orthodox geprägt waren.

In den heutigen Historiographien, vor allem in denen der Nachfolgestaaten Jugoslawiens, stellt die Frage nach dem ursprünglichen Bekenntnis einen großen Streitpunkt dar. Wenn man etwa nachweisen könnte, wie manche serbische Historiker versuchen, daß die Kroaten ihre nationale Identität nur aus dem Katholizismus und in Abgrenzung zur Orthodoxie gewonnen hätten, wäre damit ja gezeigt, daß sie «eigentlich» katholische Serben wären. Wenn umgekehrt die orthodoxe Bevölkerung Bosniens erst im letzten Jahrhundert wegen ihrer Konfession eine serbische Identität entwickelt hätte, wie einige kroatische Forscher behaupten, dann gäbe es keine historischen Ansprüche der Serben auf Bosnien. Die Frage nach den historischen kirchlichen Verhältnissen hat also nicht nur akademischen Charakter, sondern wird auch für die konkrete Tagespolitik verwendet, insbesondere in Konfliktsituationen.

Unter solchen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß sich auch die katholische Kirche in eine enge Bindung an die jeweilige Nation begeben hat. Auch hier hat der Aspekt der nationalen Befreiung große Bedeutung, da die meisten der katholisch geprägten südosteuropäischen Nationen lange Zeit unter türkischer bzw. österreichischer Fremdherrschaft gelebt haben. Auch hier war die Kirche Bewahrerin einer nationalen Identität. Katholische Priester, die in der Regel ein höheres Bildungsniveau besaßen als die übrige Bevölkerung und auch als etwa die orthodoxen Geistlichen, waren oft Vorreiter in national-kulturellen Vereinigungen und sogar in politischen Aktivitäten für die nationale Emanzipation. Dies hat dazu geführt, daß nach einer Befreiung der katholische Klerus vielfach großen politischen Einfluß hatte. Viele Repräsentanten des Katholizismus stellten sich im Zweiten Weltkrieg auf die Seite fa-

schistischer Regimes (z. B. in Kroatien, in Ungarn oder in der Slowakei), auch wenn bis zum heutigen Tage ihre Rolle dabei nicht immer ganz geklärt ist.

Gegenwärtig ist die katholische Kirche in Südosteuropa durch verschiedene Faktoren geprägt. Zum einen steht sie im Kontext der katholischen Weltkirche und ist insofern in die Entwicklungen der katholischen Kirche auf Weltebene eingebunden. Dennoch ist häufig eine gewisse Zurückhaltung gegenüber neueren Tendenzen zu beobachten. Viele Reformen im Zusammenhang mit dem 2. Vatikanischen Konzil, das für den Katholizismus eine Öffnung zur Welt hin bewirkte, sind in den südosteuropäischen Ortskirchen nur langsam verwirklicht worden. Das hängt nicht nur damit zusammen, daß die kommunistischen Regimes solche Reformen nicht erlaubt hätten. Auch heute noch läßt sich oft eine Zurückhaltung gegenüber aus dem Westen kommenden theologischen Richtungen, gegenüber der größeren Beteiligung von Laien oder gegenüber anderen, ähnlich gerichteten Bestrebungen erkennen. Die Gründe hierfür liegen wohl auch in der ländlichen Prägung des südosteuropäischen Katholizismus, wo der Priester eine besondere Stellung innerhalb der sozialen Gemeinschaft innehat. Das gilt insbesondere dort, wo die katholische Kirche Mehrheitskonfession ist. Diese Zurückhaltung gegenüber neueren Entwicklungen ist um so erstaunlicher, als ein relativ großer Teil der Priester im Westen – in Rom oder an deutschen, österreichischen oder französischen Hochschulen – ausgebildet worden ist.

Eine wichtige Rolle im südosteuropäischen Katholizismus spielen die Orden. Vor allem Franziskaner, Jesuiten, Benediktiner und viele Frauengemeinschaften sind sehr stark präsent. Jesuiten und Piaristen haben besonders in Ungarn eine wichtige Rolle im Bildungswesen gespielt. In Bosnien gab es während der osmanischen Zeit keine Hierarchie; Seelsorge war praktisch nur durch die Franziskaner möglich, die ihrerseits einen *modus vivendi* mit den Türken gefunden hatten. Auch heute noch wird in Bosnien der größte Teil der Seelsorge durch Angehörige des Ordens geleistet. Das hat zuweilen auch zu großen Spannungen und Konflikten zwischen den Bischöfen und den Ordensangehörigen geführt, besonders im Bistum Mostar.

Die griechisch-katholischen («unierten») Kirchen

Neben der römisch-katholischen Kirche findet sich in Südosteuropa auch die griechisch-katholische («unierte») Kirche. Die Mitglieder dieser Kirche erkennen den Papst als ihr Oberhaupt an, berufen sich aber auf byzantinische liturgische und kanonische Traditionen. Ursprünglich einmal orthodox, haben sie sich unter dem Druck politischer Umstände

und Konstellationen zu «Unionen» mit Rom entschlossen. Das geschah zumeist im 18. Jahrhundert. Ihre Hoffnungen, dadurch den römisch-katholischen Christen im Habsburgerreich gleichgestellt zu werden und ihre liturgischen Traditionen unverändert bewahren zu können, haben sich jedoch nicht erfüllt. Griechisch-katholische Christen sind sowohl von der Staatsmacht als auch von der römisch-katholischen Kirche lange Zeit diskriminiert worden, und das liturgische Leben hat zahlreiche Latinisierungen hinnehmen müssen.

Erst in der jüngsten Vergangenheit ist in den griechisch-katholischen Kirchen damit begonnen worden, sich wieder auf das alte Erbe zu besinnen. Größere Gruppen finden sich vor allem in Rumänien (Siebenbürgen), wo die Mehrheit der griechisch-katholischen Christen ethnische Rumänen sind, sowie in Ungarn, in der Slowakei und in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Aufgrund ihrer geschichtlichen Herkunft stellen die griechisch-katholischen Kirchen für viele Orthodoxe einen Stein des Anstoßes dar und sind eine schwere Belastung für die ökumenischen Beziehungen zwischen Katholizismus und Orthodoxie. Das hat sich noch verstärkt, als sich in der Ukraine und in Rumänien die unter der kommunistischen Herrschaft verbotenen griechisch-katholischen Kirchen zu Beginn der 90er Jahre neu konstituieren konnten.

Der Islam

Der Islam in Südosteuropa ist Erbe der fünfhundertjährigen osmanischen Herrschaft. Verschiedentlich sind Versuche unternommen worden, die Existenz von größeren Gruppen islamischer Gläubiger in der Region bereits vor der Türkenzeit nachzuweisen. Doch die Ergebnisse solcher Unterfangen sind nicht überzeugend. Angehörige des Islam finden sich vor allem in Bosnien und Herzegowina, bei den Albanern in Albanien selbst und auf dem Kosovo sowie in Bulgarien. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Sunniten.

In Bosnien und Herzegowina sind die Muslime Nachkommen von bald nach der türkischen Eroberung des Landes (1463) islamisierten Christen. In den 1960er Jahren wurde in Jugoslawien beschlossen, für die aus einer islamischen Tradition kommenden Menschen (unabhängig davon, ob sie religiös waren oder nicht) die Bezeichnung «Muslime» als Nationalität einzuführen. Bis dahin hatten sich diese Menschen entweder als Serben oder als Kroaten deklarieren müssen. Aufgrund der engen Verbindung zwischen Serbentum und Orthodoxie einerseits und Kroa- tentum und Katholizismus andererseits hatten viele Muslime, die sich zunächst vor allem durch ihre Namen von Serben und Kroaten unterschieden, den Ausweg gewählt, sich «Jugoslawen» zu nennen.

Das muslimische Nationalbewußtsein ist durch die Einführung des Nationalbegriffs «Muslime» in großem Maße gestärkt worden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß die Wahl eines religiösen Begriffs für eine Nation äußerst problematisch ist. Während des Bosnienkrieges, im Herbst 1993, hat dann auch eine «Volksversammlung» der Muslime in Sarajevo beschlossen, die Bezeichnung «Muslime» zugunsten von «Bosniaken» abzuschaffen. Doch auch der neue Begriff ist nicht unproblematisch, da er als Anspruch verstanden werden kann, das einzige konstitutive Volk in Bosnien zu sein. Tatsache ist jedoch, daß sich die muslimische Nation bereits vor Ausbruch des Bosnienkrieges konstituiert hatte.

Von der muslimischen Nation in Bosnien ist die dortige muslimische Glaubensgemeinschaft zu unterscheiden. Der bosnische Islam war bis zum Zweiten Weltkrieg fest in der Bevölkerung verwurzelt. Von zwei Reformansätzen in der Zwischenkriegszeit ist der zweite gelungen. Das damalige Oberhaupt der islamischen Gemeinschaft Bosniens konnte seine Gläubigen davon überzeugen, daß Islam und das Leben in der modernen Gesellschaft durchaus miteinander zu vereinbaren sind. Bereits vorher waren Erscheinungen wie die Verschleierung bei Frauen und die Beachtung der Bestimmungen religiöser Stiftungen weitgehend zurückgegangen. Bemerkenswert ist, daß es in der Glaubenspraxis der bosnischen Muslime viele Elemente aus dem Christentum gab. Erkennbar war dies u. a. auch daran, daß den Muslimen vor dem Zweiten Weltkrieg ausdrücklich geraten wurde, das Fest des serbischen Nationalheiligen Sava nicht mehr zu begehen und katholische Kirchen nur noch dann aufzusuchen, wenn sie dabei den Fez aufbehalten konnten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Islam immer mehr marginalisiert. Dazu trugen repressive Maßnahmen der Behörden bei, etwa mehrere große Prozesse gegen Anhänger des Islam. Einige hunderttausend Muslime aus Bosnien waren in der ersten Hälfte des Jahrhunderts bereits in die Türkei emigriert, so daß ein großer Teil der religiös aktiven Bevölkerung wegfiel. Die Behörden in Bosnien und Herzegowina galten als die unnachsichtigsten gegenüber religiösen Aktivitäten. In den 80er Jahren gab es nur noch einen geringen Prozentsatz der ethnischen Muslime, die den islamischen Glauben praktizierten. Daran änderte auch die Gründung einer islamisch-theologischen Fakultät in Sarajevo 1977 nichts. Die jüngeren Theologen konnten fortan im Lande ausgebildet werden (und nicht mehr, wie bislang, in Kairo oder anderen Städten des Auslands), so daß sich langsam eine Gruppe islamischer Intellektueller formierte. Bei ihnen war deutlich das Bemühen sichtbar, die Grundsätze des Islam mit den Erfordernissen einer modernen, westlich geprägten Gesellschaft zu verbinden. Nirgends gab es in Bosnien das, was man in anderen Staaten «Fundamentalismus» oder «Islamismus» nennt.

Die Situation änderte sich erheblich durch den Bosnienkrieg. Für die bosnischen Muslime, die sich in starkem Maße mit ihrem jetzt selbständigen Staat identifizierten, wurde der Islam das wichtigste Identifizierungsmerkmal. Viele von ihnen wandten sich dem Glauben wieder zu, zumal eben auch bei Serben und Kroaten die Religion häufig als Identitätsstiftendes Merkmal betont wurde. Vor allem auf serbischer Seite wurde die Angst vor einem fundamentalistischen Islam in den Vordergrund gerückt, der angeblich in Bosnien drohte. Staatspräsident Izetbegović, bekennender Muslim, wandte sich auch an islamische Staaten um Unterstützung, als er keine militärische Hilfe durch die westlichen Staaten bekam. Islamische Länder, die Bosnien finanziell, materiell und in geringem Maße auch personell unterstützten, verlangten dafür eine größere Beachtung islamischer Vorschriften. Da der Krieg in den meisten islamischen Staaten als Vernichtungskrieg der Christen gegen den europäischen Islam wahrgenommen wurde, war die Minimierung christlicher Elemente in Bosnien (z. B. im Zusammenhang mit dem Weihnachtsfest und seiner Symbolik) eine der ersten Maßnahmen, die eine langsame Islamisierung des Landes andeuteten.

Heute ist der Islam in Bosnien (d. h. in den Landesteilen, in denen noch Muslime leben) erheblich erstarkt, obgleich viele Bewohner des Landes nach wie vor zentrale Glaubensvorschriften nicht beachten (z. B. Verzicht auf Alkohol und Schweinefleisch). Die christlichen Kirchen beklagen sich vor allem in der bosniakisch-kroatischen Föderation des Landes über die Bestrebungen, eine Islamisierung des öffentlichen Lebens zu erreichen, die von der Zentralregierung unterstützt werden. Die konkrete Umsetzung hängt dabei zumeist von den Verantwortlichen vor Ort ab. In der serbischen Entität gibt es praktisch kein islamisches Leben mehr. Fast alle Moscheen sind dort zerstört, ein großer Teil der Bewohner vertrieben oder getötet, und insbesondere die Angehörigen der Intelligenz, die islamischen Geistlichen eingeschlossen, waren die ersten Opfer von Mord und Gewalt.

In Albanien war der Islam – ebenso wie die christlichen Konfessionen – Gegenstand der heftigen Religionsverfolgung während des kommunistischen Regimes. Im ganzen Land war nur eine einzige Moschee – als Museum – stehengeblieben. Nach der Wende stand deswegen auch das islamische Leben völlig am Neuanfang, und es beginnt erst jetzt, sich langsam zu konsolidieren.

Die Albaner auf dem Kosovo, die in ihrer großen Mehrheit Muslime sind, konnten ihren Glauben ohne derart große Repressalien wie in Albanien praktizieren. Doch ist er auch dort ohne große Bedeutung geblieben. Die Religion spielt für die Kosovo-Albaner keine besondere Rolle. In ihrer Abgrenzung gegenüber den Serben ist die nationale Zu-

gehörigkeit (mit der Sprache) das entscheidende Element. Das wird auch durch die Tatsache belegt, daß es zwischen den muslimischen und den katholischen Albanern auf dem Kosovo keine Konflikte gibt. Grundsätzlich gilt das auch für die Albaner in Albanien: Wegen der langen atheistischen Tradition und der Bedeutung der nationalen Zugehörigkeit gibt es kaum Konflikte zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften. Viele muslimische Albaner drücken ihre Wertschätzung gegenüber Christen aus und sind sich etwa dessen bewußt, daß ihre Vorfahren selber aus einer christlichen Tradition stammen. Oft wird noch die Erinnerung an christliche Vorfahren gepflegt, die auf die christlichen Wurzeln der betreffenden Familie verweisen.

Etwa ein Drittel der Bewohner Makedoniens sind Muslime, wobei die kompakt im Westen und Nordwesten siedelnden Albaner die größte Gruppe (23,1 %) stellen. Ebenfalls Muslime sind die 4 % Türken des Landes, ein Teil der Roma sowie die Torbeschen (offizielle Diktion: «Makedonier-Muslime»).

Die Muslime in Bulgarien stellen rund 13 % der Gesamtbevölkerung. Sie sind in ihrer großen Mehrheit ethnische Türken (über 800 000) oder aber slawische Muslime, die sogenannten Pomaken, deren Zahl bei etwa 300 000 liegt. In den letzten Jahren des kommunistischen Regimes waren die Türken in Bulgarien starken Repressionen ausgesetzt, als die Regierung von ihnen die Bulgarisierung ihrer Namen verlangte. Nach der Wende wurden diese Maßnahmen zurückgenommen; die Auswanderung in die Türkei ging daraufhin ebenfalls zurück.

Evangelische Kirchen

Von den christlichen Konfessionen sei noch auf die evangelischen Kirchen hingewiesen. Vor allem bei den Ungarn, den Slowaken sowie bei nationalen Minderheiten (Deutschen, Tschechen) gibt es Gemeinden, die der evangelischen Tradition entstammen. Während es sich bei den Ungarn überwiegend um reformierte Christen handelt, gehören die anderen evangelischen Christen in der Regel lutherischen Kirchen an. Die Reformation hat eine große Rolle für die Entwicklung der Schriftsprachlichkeit einzelner Nationen (z. B. der Slowenen) gespielt, obgleich nach der Gegenreformation oft nur kleine Reste von den evangelischen Kirchen geblieben sind. Wegen ihrer ökumenischen Aufgeschlossenheit haben die evangelischen Kirchen während des Kommunismus oft eine wichtige Rolle gespielt. Das betrifft einerseits die Gespräche mit anderen christlichen Konfessionen, andererseits aber auch die Kontakte mit den staatlichen Strukturen. In Rumänien gab es (mit massiver staatlicher Unterstützung) offizielle Dialoge zwischen der orthodoxen Kirche und den

evangelischen Kirchen, bei denen zwar die Errungenschaften des sozialistischen Staates gepriesen werden mußten, zugleich aber auch wichtige theologische Themen behandelt wurden. Deutsche Theologen aus Siebenbürgen haben große Bedeutung für die Vermittlung orthodoxer Theologie im Westen. In Ungarn unterhielten Vertreter der reformierten Kirche (nicht immer unumstrittene) Kontakte mit Repräsentanten des Staatssystems und der atheistischen Ideologie. Trotz ihrer geringen Größe hatten die evangelischen Kirchen also zuweilen eine wichtige Brückenfunktion inne.

Das Judentum

Andere Religionsgemeinschaften spielen in Südosteuropa nur eine marginale Rolle. Hier wäre einzig noch das Judentum anzuführen. Größere jüdische Gemeinden gab es vor allem seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, als viele Juden nach ihrer Vertreibung aus Spanien im Osmanischen Reich Aufnahme fanden. In Thessaloniki, in Sarajevo und in vielen anderen Städten entstanden größere jüdische Gemeinden. Im Zweiten Weltkrieg wurde mehr als die Hälfte aller Juden Südosteuropas von deutschen Besatzungstruppen vor Ort ermordet bzw. deportiert oder von den Regierungen ihrer Heimatstaaten in die Vernichtungslager NS-Deutschlands ausgeliefert. Durch die Repressionen während des Kommunismus und die Möglichkeit, nach Israel zu emigrieren, ist die Zahl aschkenasischer wie vor allem sephardischer Juden weiter zurückgegangen. Heute gibt es nur in den größeren Städten jüdische Gemeinden. Jüdische Gläubige stellen also eine kleine Minderheit in den Staaten Südosteuropas dar, die in religiöser Hinsicht kaum Einfluß hat. In manchen südosteuropäischen Staaten läßt sich offener oder verdeckter Antisemitismus beobachten.

Sekten

Sekten haben in Südosteuropa keine große Bedeutung. Zwar waren im 19. und frühen 20. Jahrhundert verschiedene Sekten aktiv (etwa die «Nazarener»), doch sind sie im Lauf der Zeit verschwunden und konnten nach der politischen Wende kaum wieder Fuß fassen. Neuere Gruppen wie die Hare-Krishna-Bewegung, die Zeugen Jehovas und andere haben trotz großer Bemühungen nur wenig Anhänger gewinnen können. Die traditionellen Kirchen haben eindringlich vor den Gefahren der Sekten gewarnt und dadurch mehr Angst vor diesem Phänomen geschürt, als der tatsächlichen Verbreitung der Sekten angemessen wäre.

Religion und Nation

Wie wir gesehen haben, läßt sich in Südosteuropa sehr häufig eine enge Verbindung zwischen den Religionsgemeinschaften und denjenigen Nationen feststellen, deren Angehörige mehrheitlich diese bestimmte Religionsgemeinschaft bekennen. Dabei ist es gar nicht so wichtig, ob der Glaube heute tatsächlich in der Nation lebendig ist und ob sich die Menschen aktiv am Leben der Religion beteiligen und sich an die religiösen Vorschriften halten. Wichtig ist vielmehr das traditionelle Bekenntnis zum Glauben der eigenen Vorfahren, die Erinnerung an die positive Rolle der Religion in der Geschichte der Nation. Durch dieses Bekenntnis wird zugleich die nationale Identität gestärkt. Dabei kann es dann dazu kommen, daß etwa viele Angehörige einer Nation sich als orthodox (oder katholisch oder muslimisch) bekennen, ohne auch nur die elementaren Inhalte des Glaubens zu kennen und ohne jemals in irgendeiner Form am kirchlichen Leben teilzunehmen.

Eine Ausnahme im Hinblick auf die Verbindung von Religion und Nation bilden allerdings die Albaner, unter denen sich Angehörige aller drei großen Glaubensgemeinschaften finden. Bei ihnen kann daher der religiöse Unterschied nicht für die nationale Bestimmung verwendet werden. Das geschieht vielmehr durch die Sprache, die sich stark von den Sprachen der benachbarten Nationen unterscheidet. Durch die Erhaltung der albanischen Sprache auch während der osmanischen Zeit (an der auch Vertreter der katholischen Kirche einen wichtigen Anteil hatten) wurde die albanische nationale Identität bewahrt. Daher spielt der konfessionelle und religiöse Unterschied, der in Südosteuropa sonst oft ein trennendes Hindernis darstellt, bei den Albanern keine bedeutende Rolle.

Bei den anderen Nationen verhält sich die Beziehung zur Religion jeweils in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren. Zum einen ist hier entscheidend, ob die Religionsgemeinschaft lange Zeit in Unterdrückung gelebt hat oder ob ihr die Vertreter der herrschenden Schichten angehörten. Zum anderen ist die Beziehung zur Nation auch davon abhängig, ob die Glaubensgemeinschaft heute im Staat eine Mehrheit oder eine Minderheit darstellt. Des weiteren gibt es auch den einzelnen Religionsgemeinschaften inhärente Eigenschaften, die das Verhältnis zur Nation mitbestimmen.

Der Faktor der Erfahrung langer Unterdrückung ist sicherlich der wichtigste. In Südosteuropa ist das für die christlichen Kirchen vor allem die Erfahrung der islamischen Herrschaft in der Osmanenzeit. Von Bedeutung sind dabei nicht so sehr die tatsächlichen Ereignisse, sondern vor allem die heutige Wahrnehmung dieser Zeit. Der Islam war in Südosteuropa – zumeist jedenfalls – eine relativ tolerante Religion, die für

Christen und Juden, also die Angehörigen der anderen Buchreligionen, grundsätzlich einen rechtlichen Rahmen für ihre Existenz vorsah. Natürlich waren Muslime in vieler Hinsicht bevorzugt, doch läßt sich nicht ohne weiteres von einer jahrhundertelangen Verfolgung der Christen sprechen. Wenn es Repressionen gab, dann war das in der Regel Folge von illoyalem Verhalten der Christen dem osmanischen Staat gegenüber. Wichtig ist jedoch, daß in den christlichen Kirchen und beim größten Teil der christlich geprägten Bevölkerung diese Zeit heute als massive Unterdrückung wahrgenommen wird. Die Beendigung der Türkenzeit ist dann zugleich nationale wie auch religiöse Befreiung. Dazu kommt, daß im Osmanischen Reich die nichtislamische Bevölkerung ja nach ihrer religiösen Zugehörigkeit im sogenannten Millet-System organisiert war. In einer Zeit, als sich noch kein modernes Nationalbewußtsein herausgebildet hatte, dienten die Religionsgemeinschaften somit als Träger für eine kollektive Identität. Im Zusammenhang mit der nationalen und politischen Emanzipation trug die jeweilige religiöse Identität auch zur Entstehung einer nationalen Identität bei.

Die Bedeutung der Unterdrückungserfahrung für die Verbindung zwischen Nation und Religion gilt nicht nur für das Osmanische Reich. Umgekehrt haben Muslime diese Erfahrung in christlich geprägten Staaten gemacht, zumal wenn sie als die Verbündeten oder Nachkommen der verhaßten Unterdrücker betrachtet wurden. Doch läßt sich das Phänomen auch zwischen christlichen Kirchen beobachten: Für die katholische Kirche bei den Kroaten gilt die Zeit des ersten jugoslawischen Staates als Periode, in der sie von den serbisch geprägten Strukturen des Staates an ihrer freien Entwicklung gehindert wurde. Für die serbische Orthodoxie war die Zeit von 1848 bis 1918, als die zur Metropole von Karlovci gehörigen Bistümer in Ungarn lagen, eine Erfahrung der Benachteiligung der Orthodoxen gegenüber den Katholiken. Ähnliches ließe sich über die Muslime in vielen Teilen Südosteuropas sagen, wo seit dem letzten Jahrhundert christlich geprägte Staaten entstanden waren.

In engem Zusammenhang mit dieser Problematik steht die Frage, ob die Angehörigen einer Glaubensgemeinschaft zur nationalen (ethnischen) Mehrheit oder Minderheit in einem Staat gehören. Hierbei ist zu beachten, daß es in vielen südosteuropäischen Staaten keine eindeutigen Mehrheitsverhältnisse gibt (oder wenigstens lange Zeit nicht gegeben hat). Der Fall, daß Angehörige einer Nation (und Religion) die überwiegende Mehrheit in einem Staat stellen, während alle Minderheitsgruppen unbedeutend bleiben, ist die Ausnahme. Viel häufiger sind Mischverhältnisse anzutreffen, wobei sich oft in bestimmten Teilgebieten von Staaten die Relationen zwischen Mehrheit und Minderheit verkehren. Das trägt dazu bei, daß ein kompliziertes Beziehungsgeflecht zwi-

schen den einzelnen Nationen entstanden ist. Es gibt viele Fälle, in denen sich die Angehörigen der zweitgrößten Nation in einem Staat ungerecht behandelt fühlten (Kroaten in Jugoslawien, Ungarn in Rumänien, Slowaken in der Tschechoslowakei), während die der drittgrößten weniger Schwierigkeiten mit der Situation hatten (Slowenen im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit, Deutsche in Rumänien). Da die größte Nation in der Regel die religiöse Ausrichtung des Staates bestimmt hat, führte das zwangsläufig zu Konflikten. Die Erfahrung von nationaler und religiöser Unterdrückung tritt hier wieder ein; Wegen der (wenigstens als solche empfundenen) Benachteiligung der eigenen Nation entwickeln die Religionsgemeinschaften eine Aversion gegen die Religionsgemeinschaft, die durch die Mehrheitsnation repräsentiert wird.

Es gibt auch den Religionsgemeinschaften inhärente Eigenschaften, die Konsequenzen für die Beziehung zwischen der betreffenden Gemeinschaft und der Nation bzw. dem Staat haben. Diese können hier nur angedeutet werden. Gleichwohl ist zu betonen, daß diese Eigenschaften (die natürlich kein Spezifikum für Südosteuropa sind) oft entscheidenden Einfluß haben.

Die Orthodoxie ist geprägt durch das byzantinische Erbe. Dort hatte sie den Status einer Reichskirche genossen; kirchliche Lehre war zugleich staatliches Gesetz. Der Preis, den die Kirche dafür zu zahlen hatte, war ein enges Wechselverhältnis mit dem Staat, das allerdings nicht immer zuungunsten der Kirche ausging. Wie die Kaiser oft direkt in kirchliche Dinge eingriffen, den Vorsitz auf Synoden hatten und kirchliche Amtsträger absetzten, wenn sie ihnen mißliebig waren, so konnte die Kirche durch das große Gewicht ihres Wortes auch politische Vorgänge beeinflussen und dem jeweiligen Kaiser Unterstützung geben oder entziehen. Es greift also zu kurz, diese Beziehung als «Staatskirchentum» zu bezeichnen, wenn damit gemeint ist, daß die Kirche in einem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis vom Staat stand. Tatsächlich konnte sie, wenn sie ihre Möglichkeiten gut ausnutzte, sehr großen Einfluß nehmen und ihre Position sichern. Doch bedeutete die byzantinische Tradition ein gegenseitiges Sicherungsverhältnis: Der Staat schützte die Kirche und ihre Lehre, diese wiederum stand loyal zum Staat. Eine Wiederaufnahme dieser Tradition nach der Osmanenzeit konnte man in Südosteuropa in Serbien (später Jugoslawien), Rumänien und Bulgarien beobachten, eben in den traditionell orthodoxen Ländern. Ansätze davon gibt es in den genannten Staaten auch heute wieder, nach der Ablösung der sozialistischen Systeme. Die orthodoxen Kirchen erkennen grundsätzlich den Staat an und sind ihm gegenüber loyal (auch wenn sie einzelne staatliche Entscheidungen kritisieren); die staatlichen Behörden ihrerseits akzeptieren die Kirchen bereitwillig, weil sie ja eben das politische System nicht in Frage stellen.

Die katholische Tradition sieht anders aus: Infolge der historischen Entwicklung im Westen, insbesondere der Auseinandersetzungen zwischen dem Papsttum und den westlichen Herrschern sowie der Rezeption des römischen Rechts, ist die katholische Kirche zu einem selbständigen Faktor im westlichen Staatengefüge geworden. Sie hatte Interesse daran, daß Staaten möglichst unter der Kontrolle eines katholischen Herrschers standen, und versuchte in ihrem Sinne auf politische Entscheidungen in diesen Staaten Einfluß zu nehmen. Dabei bildeten sich ganz unterschiedliche Modelle heraus. In manchen Ländern ist die katholische Kirche bis in die Neuzeit herein wichtiger politischer Faktor geblieben (z. B. in Spanien, mit Einschränkungen auch in Italien), in anderen hat sich der Staat vom Einfluß der Kirche schrittweise gelöst (z. B. in Frankreich). In Deutschland hat sich in Auseinandersetzung mit den staatlichen Behörden eine selbständige katholische Kirche mit ihren eigenen Strukturen entwickelt, die großen Einfluß auf den katholischen Teil der Bevölkerung hatte. In anderen Ländern – auch in den Staaten Südosteuropas – hat die «Katholische Aktion» versucht, die Interessen der Katholiken im Staat zu artikulieren. Das ist auch vor dem Hintergrund der vor allem in Deutschland entwickelten und formulierten katholischen Soziallehre zu sehen. So kommt es, daß mit Ausnahme von eindeutig katholisch geprägten Staaten (und solche hat es in Südosteuropa praktisch nicht gegeben) die katholische Kirche eine gewisse Distanz zu den staatlichen Strukturen einnahm und versuchte, ihren Interessen auch in der Auseinandersetzung mit dem Staat Geltung zu verschaffen.

Beim Islam schließlich spielt der nationale Unterschied zunächst gar keine Rolle. Der Islam unterscheidet zwischen den Gläubigen und den Ungläubigen, bei letzteren nochmals zwischen den Buchbesitzern (v. a. Juden, Christen) und den «Heiden». Zur Logik dieser Unterscheidung gehörte die zumeist relativ tolerante Behandlung von Christen und Juden im Osmanischen Reich. Allerdings verlangte man von ihnen Loyalität gegenüber dem Staat. Von den Gläubigen wurde ohnehin erwartet, daß sie den Staat unterstützten, da in ihm das Ideal des Islam ja bereits verwirklicht war. Die Unterschiede zwischen den Nationen in Südosteuropa wurden von den islamischen Herrschern also vor allem als religiöse Unterschiede wahrgenommen. So konnte es auch geschehen, daß Christen, die zum Islam konvertierten, in die höchsten Positionen bei den Osmanen aufstiegen. Grundsätzlich verlangt der Islam nach einer islamischen Weltordnung. Ein islamisch geprägter Staat entspricht diesem Ideal viel eher als ein christlicher. Allerdings sind bei den Muslimen Südosteuropas höchstens in Bosnien, und auch dort nur ansatzweise, Tendenzen zu registrieren, den Staat nach islamischen Grundsätzen zu organisieren.

Aufgrund dieser Gegebenheiten hat sich also bei den Religionsgemeinschaften Südosteuropas eine jeweils spezifische Haltung zur «eigenen» Nation und zu den Staaten herausgebildet, in denen ihre Angehörigen lebten. Wie haben sich nun einerseits die Religionsgemeinschaften und andererseits die Nationen bzw. Staaten dazu verhalten? In den Fällen, in denen eine staatsnahe Religionsgemeinschaft (Orthodoxie, Islam) in einem Staat lebt, in dem sie auch von den staatlichen Strukturen anerkannt wird, gibt es in der Regel keine Probleme. Staat und Glaubensgemeinschaft ergänzen sich hier in ihren Erwartungen. Problematisch wird es, wenn diese Gegebenheiten nicht vorhanden sind. Die Religionsgemeinschaften müssen dann versuchen, mit und in Staaten zu leben, mit denen sie ein gegenseitiges Mißtrauensverhältnis verbindet. Das gilt insbesondere für den Islam in christlich geprägten Staaten, aber etwa auch für die Katholiken in orthodoxen Staaten und umgekehrt. Dabei ist zu beobachten, daß die Minderheitsreligionsgemeinschaften sich dann aus den meisten gesellschaftlichen Bereichen fast völlig zurückziehen, ja oft sogar Möglichkeiten nicht ausnutzen, die ihnen der Gesetzgeber läßt. Der Bereich «Religion» wird dann der Mehrheitsgemeinschaft überlassen; die kleineren Glaubensgemeinschaften beschränken sich auf die Versorgung der religiösen Bedürfnisse der Angehörigen «ihrer» Nation. So läßt sich etwa die Rolle der orthodoxen Kirche in Kroatien oder der katholischen Kirche in Serbien beschreiben.

Die Staaten Südosteuropas betonen heute alle das Prinzip der Religionsfreiheit und der Gleichheit aller Religionen vor dem Gesetz. In der Praxis zeigt sich jedoch, daß die Religionsgemeinschaft, welcher die Mehrheit der Bevölkerung angehört, tatsächlich besser behandelt wird als die übrigen. Wenn es politische Differenzen zwischen der Regierung und dieser Religionsgemeinschaft gibt, ändert sich diese Beziehung nur graduell. Der Grund dafür liegt darin, daß die Regierung ja die religiöse Verankerung bei der Bevölkerungsmehrheit kennt und daher einen tieferen Konflikt mit der Glaubensgemeinschaft in der Regel scheut. Das ließ sich etwa gleichzeitig bei den Differenzen zwischen kroatischer Regierung und katholischer Kirche wegen der kroatischen Bosnienpolitik und bei denen zwischen dem serbischen Präsidenten Milošević und der Serbischen Orthodoxen Kirche wegen seiner (nach Meinung der Kirche) mangelnden Unterstützung der bosnischen Serben sehen. Zuweilen kommen die staatlichen Behörden den Religionsgemeinschaften auch weiter entgegen, als diese das verlangen. In Kroatien etwa hat der Staat der katholischen Kirche von sich aus angeboten, die kirchliche Eheschließung auch zivilrechtlich anzuerkennen (also die obligatorische Zivilehe zugunsten der fakultativen staatlichen oder kirchlichen abzuschaffen). Heute ist das in Kroatien Gesetz.

Ökumene und Zivilgesellschaft

Eine Folge dieser Umstände für das Verhältnis zwischen den einzelnen Religionsgemeinschaften ist ihre geringe Offenheit für ökumenische Kontakte. In den Ländern, die zum Warschauer Pakt gehörten, wurden die Religionsgemeinschaften in der kommunistischen Zeit mehr oder weniger gezwungen, sich für die Ziele der Partei einzusetzen. Die Frage des Weltfriedens war das Thema, in dem Religionsgemeinschaften das tun konnten, ohne allzustark gegen die Grundsätze ihrer Lehre zu verstoßen, die ja den Grundlagen des Marxismus konträr gegenüberstand. Daher gab es (in Südosteuropa vor allem in Rumänien) gemeinsame Auftritte der Kirchenvertreter auf Friedens- und Abrüstungskonferenzen. Auch die Mitarbeit in den internationalen ökumenischen Gremien war vielfach von diesem Thema geprägt. Allerdings sollte darüber nicht vergessen werden, daß auch wichtige theologische Ergebnisse in den ökumenischen Dialogen erzielt worden sind. In Jugoslawien, wo es keinen solchen Druck von staatlicher Seite gab, waren die ökumenischen Beziehungen dann auch äußerst schwach entwickelt.

Nach den politischen Veränderungen und dem Ende der sozialistischen Systeme haben sich in aller Regel auch die Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften erheblich verschlechtert. Die meisten Religionsgemeinschaften Südosteuropas verharren heute in großer Reserviertheit gegenüber den Beziehungen mit anderen Konfessionen. Ein Grund dafür ist die Rekonstituierung der griechisch-katholischen Kirchen. Ein anderer Grund liegt darin, daß jede andere Glaubensgemeinschaft ja immer auch in einem nationalen Kontext gesehen wird und daß nationale Konflikte dann auf die Beziehungen zwischen den Kirchen übertragen werden. In einem Fall verläuft eine solche Konfliktlinie sogar innerhalb einer Kirche: In der katholischen Kirche Rumäniens gibt es große Differenzen zwischen den Bistümern, die vor allem von ethnischen Ungarn geprägt sind, und den Katholiken rumänischer Nationalität, die zumeist uniert sind. Die Differenzen zwischen den beiden Nationen im Staat haben hier sogar innerhalb einer Kirche große Auswirkungen.

Schließlich ist noch zu prüfen, wie sich die Religionsgemeinschaften gegenüber den Gesellschaften verhalten, in denen sie leben. Es liegt auf der Hand, daß die Frage nach Minderheiten und Mehrheiten auch hier die entscheidende Rolle spielt. Insgesamt ist zu konstatieren, daß zivilgesellschaftliche Vorstellungen in Südosteuropa erst langsam Fuß fassen. Insofern suchen die Religionsgemeinschaften auch häufig noch nach ihrem Platz, zumal nach den Erfahrungen der sozialistischen Zeit. Oft versuchen sie, der Gesellschaft Inhalte und Vorstellungen zu vermitteln,

die für die meisten Menschen nicht akzeptabel sind (z. B. das vehemente Engagement für ein Verbot der Abtreibung, für das oft nicht nur ethische, sondern auch nationale Gründe angeführt werden). Andererseits ist häufig eine große Zurückhaltung gerade bei solchen Fragen zu beobachten, zu denen sich Glaubensgemeinschaften in der Region traditionell nicht geäußert haben. Neuere Stellungnahmen der katholischen Kirche in Ungarn und Kroatien zur sozialen Frage zeigen an, daß sich hier eine langsame Änderung vollzieht. Daß es gerade katholische Ortskirchen sind, die hier vorangehen, ist sicher kein Zufall, sondern durch den Einfluß des westlichen, insbesondere des deutschen Katholizismus bedingt.

Fazit

Was läßt sich zusammenfassend über die Bedeutung der Glaubensgemeinschaften in Südosteuropa sagen? Sie hatten eine wichtige Funktion für die Entwicklung und vor allem für die Bewahrung des nationalen Bewußtseins inne. So haben sie dazu beigetragen, daß in Südosteuropa immer eine enge Beziehung zwischen religiöser und nationaler Zugehörigkeit bestanden hat. Da sich gewisse nationale und religiöse Identitäten gegenseitig ausschlossen, fand infolgedessen häufig eine regelrechte Abgrenzung der Religionen (parallel zu der der Nationen) voneinander statt. Die Religion hat hier also keineswegs eine verbindende Rolle gespielt, wobei allerdings zu beachten ist, daß sie eben auch keinen selbständigen Platz einnehmen konnte.

Dennoch gibt es vor Ort in allen Gebieten Südosteuropas bis heute zahlreiche Beispiele für Zusammenarbeit und gute Beziehungen zwischen den Religionsgemeinschaften, ungeachtet der Schwierigkeiten auf offizieller Ebene. Ein wesentliches Problem besteht aber darin, daß praktisch in allen Religionsgemeinschaften eine kritische Schicht von Gläubigen und Theologen fehlt und daß gegen die Gleichsetzung von Nation und Religion aus den Glaubensgemeinschaften selbst kaum Widerstand artikuliert wird. Hier liegt die Herausforderung für die Religionen, die auch ihre Chance ist: nämlich trotz des historischen Erbes, das ihre Beziehung zur jeweiligen Nation geprägt hat, zu einem verbindenden Faktor für die Gesellschaften Südosteuropas zu werden – auch wenn und gerade weil solche Bestrebungen bislang noch äußerst schwach entwickelt sind.